

Bundesverkehrsministerium bleibt im Boot (PPR-Kreuzung)

"Das Bundesverkehrsministerium wird den Anteil finanzieren, der erforderlich ist, um den Knotenpunkt durch eine unterirdische Führung der B 456 zu entschärfen - dabei bleibt es," so Bundestagsabgeordneter Dr. Frank Schmidt (SPD) nach Erörterung der aktuellen Sachlage mit Staatssekretär Achim Grossmann (SPD) aus dem Bundesverkehrsministerium in Berlin.

"Der Bund hat nicht die Absicht, die Reißleine zu ziehen, wenn die Stadt Bad Homburg weitergehende Vorstellungen zur Untertunnelung und Tieferlegung der Trasse verfolgt, um städtebauliche Gesichtspunkte und den Schutz der Anwohner vor Lärmimmissionen stärker zu berücksichtigen." Das Bundesverkehrsministerium ist nach wie vor bereit, das zu finanzieren, was nach den geltenden Bestimmungen zur Beseitigung der Knotenpunktproblematik und zur Gewährleistung des Verkehrslärmschutzes mittels Bundesmitteln gebaut werden muss - alles weitere ist Sache der Stadt und des Kreises.

"Damit sind die Befürchtungen, die hier und da im Hochtaunuskreis in den letzten Wochen geäußert worden sind, dass der Bund sich aus dem Projekt verabschieden könnte, wenn vor Ort zu hohe Forderungen an die Ausführung des Projektes aufgebaut werden, vom Tisch," so der SPD-Unterbezirksvorsitzende Matthias Bergmeier.

"Allen Beteiligten in Stadt und Kreis sollte jedoch klar sein, je länger die Verwirklichung des Projektes noch herausgeschoben wird, desto teurer wird es. Insofern ist es nach wie vor von hoher Bedeutung, dass alle an einem Strang ziehen und sich zügig auf einen Weg der Finanzierung und Realisierung des kommunalen Anteils an dem Projekt verständigen: Magistrat und Stadtverordnetenversammlung in Bad Homburg sowie Kreisausschuss und Kreistag des Hochtaunuskreises. In 2009 muss die Planfeststellung eingeleitet werden."